

## Ökumene gewinnt Profil (V)

Ökumenische Initiative Eine Welt – eine  
ökumenische Lernbewegung  
Bilanz und Ausblick nach 10 Jahren

VON REINHARD VOSS

### *1. Die Anfänge der Initiative*

Nachdem der „Club of Rome“ 1972 der Weltöffentlichkeit die „Grenzen des Wachstums“ bewußt gemacht hatte und diese Grenzen während der sog. Ölkrise für alle spürbar geworden waren, gab es verschiedene Appelle zum Umdenken, die für die Gründung der Ökumenischen Initiative Eine Welt (ÖIEW) maßgeblich waren.<sup>1</sup>

— Die holländischen katholischen Bischöfe riefen in einem mutigen „Hirtenwort“ zur Fastenzeit 1973 dazu auf, das Fastenopfer nicht länger als eigene Gewissensberuhigung zu geben, sondern sich zu einem neuen Lebensstil zu entschließen; es entstanden viele Nieuwe Levensstijl-Gruppen (Kontakt: Maliesingel 26, NL-3508 Utrecht SE).

— Das Buch Eric Dammanns „Zukunft in unseren Händen“ (1972) löste in Norwegen 1974 eine Unterschriftenaktion mit Selbstverpflichtungen („Wir wollen eintreten für eine menschliche Gesellschaftsentwicklung“) aus, so daß der Buchtitel zum Namen einer Initiative wurde (Kontakt: Torggt. 35, Oslo 1, Norwegen).

— In Schweden gründete die Dag Hammarskjöld-Foundation auf Initiative Jan Tinbergens eine ähnliche Bewegung (Kontakt: Övre Slottsgatan 2, S-75220 Uppsala)

— In Cocoyoc (Mexiko) forderten die dort im Oktober 1974 versammelten Teilnehmer des UNCTAD-Symposiums über Rohstoffnutzung, Umweltschutz und Entwicklung die „Überflußgesellschaften in ihrem eigenen wohlverstandenen Interesse (auf), humanere Lebensmuster zu finden, die weniger ausbeuterisch sind – gegenüber der Natur, gegenüber anderen Menschen und gegenüber sich selbst“. Dazu müßten „neue Entwicklungsstrategien“, „neue Lebensstile“ und „einfachere Konsummuster für die Reichen“ entwickelt werden.

— In England entstanden „life style cells“ (Kontakt: 2, La Hougue Mager, St. Mary, Jersey, C.I.).

— Die Vollversammlung des ÖRK 1975 in Nairobi, die viele Basisinitiativen entstehen ließ („Ohne Rüstung leben“; Ökumenisches Forum „Welche Schweiz morgen?“; ÖIEW) sprach in fast allen Dokumenten und Reden von der Notwendigkeit praktischer Schritte zu einem „neuen Lebensstil“: „Wir ermutigen Kirchen und Christen, aktiv zu werden, um jene Strukturen und Praktiken zu verändern, die einer angemessenen Qualität des Lebens im Wege stehen!“ und: „Die Ortsgemeinden sollten ihren

Lebensstil ernsthaft überprüfen!“ und: „Die Reichen müssen einfacher leben, damit die anderen überhaupt leben können“ (Charles Birch).<sup>2</sup>

Der Impuls von Nairobi führte direkt zur Gründung der ÖIEW. Der von etwa 80 (meist prominenten) Personen unterzeichnete Gründungsaufwurf vom Mai 1976 (ÖIEW-Info 1) nahm die Impulse des „Club of Rome“ und des ÖRK auf:

„Die ungerechte Verteilung der Güter dieser Erde, der Hunger in weiten Gebieten, die Zerstörung der Umwelt, die absehbare Erschöpfung von Rohstoffvorräten lassen die Welt nicht zum Frieden kommen und bedrohen das Überleben der Menschheit“ (Grundtext).<sup>3</sup>

Auch die Arbeit „für Versöhnung und Frieden zwischen den Völkern“ wurde in diesen Zusammenhang gestellt („umweltgerecht, einfacher, solidarisch und gesprächsbereit leben“). Die Initiative ging davon aus, daß „viele unter uns schon begonnen haben, diese Verantwortung wahrzunehmen“ (Umwelt-, Lebensstil-, developmentpolitische, Menschenrechts- und Friedensgruppen wurden ausdrücklich genannt). Diese Erfahrungen zu bündeln und gesellschaftspolitisch wirksamer fortzuführen in ökumenisch weltoffenem und weltverantwortlichem Geist, nahm sich die Initiative vor, die sich schließlich den Namen „Ökumenische Initiative Eine Welt“ gab.)

Drei Selbstverpflichtungen wurden zur Basis der Initiative:

1. „Wir werden Entwicklungen verlangen und unterstützen, durch die bisher Benachteiligte in ihren Lebenschancen gefördert werden . . .“
2. „Wir werden unseren Konsum überprüfen . . . ihn einschränken und in ein vertretbares Verhältnis zu den begrenzten Vorräten der Erde, dem Bedarf der Benachteiligten und der Umweltzerstörung bringen. . .“
3. „Wir werden einen spürbaren Teil unseres Geldes im Sinne dieser Initiative verwenden, in der Regel wenigstens 3 % des Netto-Einkommens . . .“

Von Anfang an wurde großer Wert darauf gelegt, daß die Formen des Engagements sehr verschieden sein können: Beteiligung an regionalen Gruppen, Verwirklichung der Selbstverpflichtungen im Beruf und in den Alltagsbeziehungen, Beteiligung an zentralen Projekten der Initiative und Mitarbeit in verwandten Gruppen.

## 2. Das gesellschaftliche Umfeld 1976

Mitte der 70er Jahre war ein resignatives und relativ ratloses Klima entstanden: die durch die Studentenbewegung 1968 entfachten und politisch gebündelten Reformhoffnungen waren verfliegen und den Sorgen einer um sich greifenden Weltwirtschafts- und Rohstoffkrise gewichen. Die verdrängten und enttäuschten Reformer paßten sich entweder an oder suchten – verstärkt nachweisbar ab 1973 – in neuen Lebens-, Arbeits- und Wohnformen

„Überwinterungsmöglichkeiten“ angesichts der kalten Luft der sog. Realpolitik. In einem sich verschärfenden Klima von Absicherung, Ausgrenzung und Abschottung – gegenüber Arbeitslosen, Ausländern, Andersdenkenden und „Alternativen“, gegenüber „Ostblock“ und Dritter Welt (Asylanten, Billigprodukte) – war eine offene Gegenstrategie schwer zu entwickeln, bedeutete sie doch sogleich die (un)freiwillige Selbstausgrenzung. Ebenso schwierig, aber um so wichtiger war es, die in der Stille wachsenden Alternativen gesellschaftspolitisch aufzuwerten. Auch die „Bürgerinitiativen als Elementarform der neuen sozialen Bewegungen“ befanden sich in einer Orientierungskrise und strukturierten sich seit 1972 (Gründung des BBU) verstärkt im Ökologiebereich. Die Frauenbewegung stand an der Schwelle zur Ausbildung dezentraler und lokaler Strukturen; Alternativprojekte entfalteten sich zaghaft – angefangen im persönlichen Bereich (Selbsterfahrung, Konsumkritik, Eigenarbeit), über gesellschaftspolitische Lern- und Aktionsgruppen (Finanzgemeinschaften, Stiftungen, Gemeinschaftsbüros) bis hin zu ersten sozialen und wirtschaftlichen Alternativprojekten (Wohn- und Hausgemeinschaften, Kooperativen und Landkommunen, Bildungshäuser und Arbeitsloseninitiativen).<sup>4</sup>

Es fehlten 1975 die „Brückenbauer“, und zwar in mehrfacher Hinsicht: einmal zwischen Alternativszene und „bürgerlichem Wachstums- und Abschottungsblock“, zu dem auch die Kirchen(gemeinden) weitgehend zählten; zum zweiten zwischen der provinziell-überheblichen Denkweise des „Modell Deutschland“ und der weltweiten Verelendungs-Herausforderung; und drittens zwischen den verschiedenen sich aufsplitternden und damit ihre gesellschaftliche Bedeutung abschwächenden „Bewegungen“. Die ÖIEW wollte diese Brücken bauen helfen. Wenn politologisch von einer Einheit der „Lebensstil- und Alternativbewegung“ (Wenke) oder von einer sich herausbildenden „Zwischenkultur“<sup>5</sup> gesprochen wurde, so war darin diese Brückenfunktion erkannt und anerkannt.

Aber 1976 war dies noch nicht viel mehr als ein Programm, von dem einige allerdings meinten, es werde sehr schnell zu einer Massenbewegung werden. Andere – darunter mehrere Gründer des späteren „Badischen Ökumenischen Netzes“ – hätten zuerst eine spirituelle Vertiefung dieses ökumenischen Lernansatzes für wichtig gehalten, auch um den Preis geringerer Wirkung nach außen. Die überwiegende Mehrheit aber wandte sich dagegen, „eine ethische Elite auszubilden und . . . einen Säkularorden zu gründen“, und sprach sich dafür aus, „in unserem jeweiligen Lebenskreis ein Verhalten aus(zu)probieren, das dann möglichst viele andere *auf ihre eigene Weise* übernehmen können. Wir möchten also Anstöße für ein soziales Lernen von

Mehrheiten geben.“<sup>6</sup> Damit setzte sich eine Richtung durch, die vor allem von Prof. Ernst Lange als ökumenisches Lernkonzept entwickelt worden war.

Die Initiative ist keine Massenbewegung geworden, aber sie hat dazu beigetragen, das gesellschaftliche Klima mit mehr Toleranz und Offenheit für Alternativen aufzuhehlen.

### *3. Entwicklungsphasen der Initiative 1976-1986*

#### *3.1 Aufbau der Initiative*

In den ersten drei Jahren (1976-79) wurde der neue Denk- und Handlungsansatz in die verschiedensten gesellschaftlichen Gruppen, besonders auch in die Kirchen, hineingetragen, und zwar durch Artikel in Zeitschriften anderer ökumenischer Initiativen (action 365; Radius; Frankfurter Hefte; Überblick), in Kirchenzeitungen (besonders Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt), in theologischen (Orientierung, Katech. Blätter) und politischen (Die Mitarbeit) Zeitschriften, in kath. und ev. Verbandszeitschriften und in Verbraucherzeitschriften, in Rundfunksendungen und Akademietagungen (Loccum 1979 u. 1980).<sup>7</sup>

Die Anzahl der Unterzeichner stieg in diesen Jahren auf etwa 1.000 an (bis heute auf 1.500). Es gab einige Regionalgruppen und erste Infos, in denen die Initiative sich ausführlich vorstellte und zu einem sparsamen Umgang mit dem Auto, zur bewußteren (besonders fleischärmeren) Ernährung – aus Gerechtigkeits- und Gesundheitsgründen – sowie zum sparsamen Energieverbrauch aufrief. „Mut zu kleinen Schritten“ wurde zum Leitmotiv der Lernbewegung. Das Schwerpunktthema (1979/80) „Energieverschwenden beenden“ trug mit zu einer Mobilisierung der Unterzeichner und zur Popularisierung der „Energiequelle Energiesparen“ bei.<sup>8</sup>

#### *3.2 Zwischenbilanz 1980 und Neuorganisation*

Nach einem halben Jahrzehnt versuchten mehrere Autoren eine Zwischenbilanz der Lebensstilbewegung.

Die Hauptvorwürfe gegen sie – und die Alternativbewegung – lauteten:

- die Strategie der kleinen Schritte und der Alltagsveränderungsansatz seien politisch unbedeutend und illusionär<sup>9</sup>;
- die Situationsanalyse sei unzureichend und auf Mittelschichtsinteressen aufgebaut;

– die Strategie des Konsumverzichts schädige die Volkswirtschaft, gerade auch deren positive Veränderungschancen.<sup>10</sup>

Gegen diese Vorwürfe, die – ob aus linker oder liberaler Perspektive – im Kern den Vorwurf des tendenziellen Ausstiegs und Auszugs aus der gesellschaftlichen und ökonomischen (Mit-)Verantwortung beinhalteten, konnten immer wieder Grundtext und Selbstdarstellung angeführt werden: es geht ihr schon um einen allmählichen „Übergang zu einer neuen Ordnung“, wenn sie fordert, daß persönliche Verhaltensänderungen und die Veränderung sozialer und politischer Strukturen sich gegenseitig bedingen:

„Denn eine Reform des persönlichen Lebens verändert nichts, wenn sie nicht mit politischem Handeln verbunden wird. Aber ebenso bleibt die politische Arbeit für einen alternativen Lebensstil schnell stecken, wenn sie nicht durch das persönliche Verhalten verstärkt und glaubwürdig gemacht wird.“<sup>11</sup>

Vorbehaltlos mußte der Mittelschichtcharakter der Initiative eingestanden werden – aber offensiv: das Umlernen mußte ja wohl bei den Privilegierteren beginnen und wurde glaubwürdiger durch die Offenlegung und Selbstinfragestellung von Privilegien.

Der Vorwurf der Schädigung der Wirtschaft durch Konsumverzicht erledigte sich zunehmend angesichts der Defizite und der Massenarbeitslosigkeit im herrschenden System:

„Kann nämlich die Beschäftigung des Faktors Arbeit nicht länger über Wachstum gesichert werden, dann ist ein neuer Lebensstil, der sich in Konsumeinschränkungen und Einkommensbegrenzungen konkretisiert, nicht mehr als Phänomen zu betrachten, das Beschäftigungsprobleme verursacht. Er wird vielmehr Voraussetzung zur Lösung der Beschäftigungsfrage.“<sup>12</sup>

Immer betonte die Initiative, daß die Umorientierung gerade nicht auf Kosten, sondern zugunsten der Benachteiligten geschehen müsse (Grundtext).

In dem Bilanzheft über „die Lebensstilbewegung“ sahen alle Autoren positive Ansätze wachsen: die „gegenkulturelle(n) Werte als Basis der Lebensstil- und Alternativbewegung“ setzten sich allmählich durch.

„Und der Wertekatalog lautet: einfacherer Konsum – hoher Gütergebrauchswert – Entfaltung und Befriedigung immaterieller Bedürfnisse nach Selbstverwirklichung, Wissen, Spiel – vorrangige Orientierung an Forderungen nach Solidarität, Humanität, Nächstenliebe – biologische Verantwortung, vor allem durch ökologisch angepaßte, dezentrale Wirtschaftsformen – partizipative Strukturen in allen Lebensbereichen – gerechtere weltwirtschaftliche Beziehungen.“<sup>12</sup>

„Die Lebensstil- und Alternativbewegung besteht schon nicht mehr nur aus punktuell ansetzenden neuen Wertorientierungen und Lebensmodellen. Die generelle Richtung einer Neuorientierung auf autonome, dezentral organisierte und regional orientierte Entwicklungsmuster (wird) immer deutlicher sichtbar.“<sup>12</sup>

Im gleichen Heft stellte Rüdiger Scholz das Wachstum der ÖIEW als „langsam aber stetig“ dar. Die Initiative wirke „hauptsächlich durch ihre

Aktivitäten vor Ort und durch ihre Infos“. Er forderte, „den Organisationsgrad der Initiative zu verbessern“. Sie müsse einen Mittelweg finden zwischen der Gefahr, daß sie sich „zu einer Organisation verfestigt“, und der, daß sie „zum gesellschaftlich belanglosen Familienunternehmen verkümmert“. <sup>13</sup>

1980/81 wurde lange und kontrovers über die Bildung einer hauptamtlich besetzten Geschäftsstelle diskutiert. Manche Unterzeichner befürworteten regionale Lösungen, manche ein rotierendes oder ein Arbeitsteilungsverfahren (ehrenamtlich). Schließlich setzte sich aber – gestärkt durch etwa 400 regelmäßige Finanzzusagen für vorerst zwei Jahre – das Votum durch, zwei Arbeitsstellen zu schaffen. Die neue Geschäftsstelle war ab 1.2.1981 arbeitsfähig. <sup>14</sup> Seit 1981 hat eine leicht ansteigende Zahl von Unterzeichnern zusätzlich zu ihren sonstigen Selbstverpflichtungen und Engagements zwei, zeitweise drei Stellen getragen. Die Initiative lebt prinzipiell aus eigener Kraft.

### *3.3 Zweiter Orientierungskonflikt 1982*

Zu Beginn der Arbeit der neuen Geschäftsstelle gab es viele Überlegungen, wie die Strategie der kleinen Schritte fortgeführt und effektiviert werden könnte. Der erfolgreichen Lancierung des Anliegens eines „Neuen Lebensstils“ müßten, so formulierten die Koordinatoren, wirkungsvollere Formen der Zusammenarbeit im Bereich der Handlungsalternativen (Kreditwesen, alternative Wirtschaftsansätze, Biohöfe und Produzentennetze usw.) folgen:

„Wir könnten ein Filter sein zwischen den praktischen Versuchen und den kirchlichen Großorganisationen im Bereich Öffentlichkeitsarbeit, oder wir müßten einen Weg gehen, auf dem wir tatsächlich eigenes Potential aufbauen“ (Koordinatorenprotokoll v. 17.2.1981).

Praktisch zeigte sich jedoch alsbald, daß sehr unterschiedliche organisatorische Konsequenzen aus solchen Forderungen abgeleitet werden konnten. In einer Sonder-Delegiertenversammlung (Herbst 1982) wurden drei Alternativen zur Abstimmung gestellt, wie sich die Initiative weiterentwickeln könnte.

„I. Basis-Autonomie-Modell (Ist-Zustand) – Initiative als Dachverband und geistige bzw. geistliche Heimat alternativen Lebens; absolute Autonomie der Basisgruppen; Geschäftsstelle als reine Koordinationsstelle.

II. Schwerpunktthema-Modell – Stärkere Akzentuierung der Ziele durch Herausarbeitung eines Schwerpunktthemas mit Aktionsschwerpunkten.

III. Politische Effektivität – direkt-politische Aktion durch Erspüren eines gesellschaftlich neuralgischen Punktes, an dem die Gesamtkonzeption der Initiative deutlich gemacht werden kann; Orientierung aller auf eine entsprechende symbolische Aktion hin.“

Fast 100 Stellungnahmen gingen schriftlich ein und wurden den Delegierten, die weitere ca. 150 Voten mitbrachten, vorgelegt. Weder die dezentrale Grundtendenz (I) noch die Zuspitzung (man sah darin auch eine Verengung: III) fanden große Zustimmung; die große Mehrheit votierte für Modell II, für eine dritte Stelle, für ausgearbeitete, aber nicht zwingende Vorschläge zu Gruppenaktionen. So erhoffte man sich einen Kompromiß zwischen der Selbstbestimmung der Basisgruppen und einer gewissen verbindlicheren Koordination bundesweiter Schwerpunkte.

In diesem Konflikt polarisierten sich Elemente des Grundanliegens der ÖIEW; denn sie will durch möglichst große Übereinstimmung von politischen Forderungen und persönlichem Handeln

- öffentliches Bewußtsein verändern (realistisches Ziel),
- Träger von politischen Entscheidungen und Macht beeinflussen (utopisches Ziel) und
- zu einer Veränderung der Politik beitragen (Gesamtziel).

Daneben Peter Hertel: „Vierte Konzeption: Politische Effektivität durch verbesserte Integration nach innen und verstärkte Wirkung nach außen“.

### *3.4 Inhaltliche Ausgestaltung*

Dem organisatorischen Ausbau folgte in den Jahren 1981 bis 1984 eine Fülle von Veröffentlichungen, die Ideen und Aktivitäten der Initiative einer größeren Öffentlichkeit zugänglich machten (Auflagen zwischen 5.000 und 25.000) und in diesen Jahren das Außenbild der ÖIEW stark prägten.<sup>15</sup>

Seit 1981 beteiligte sich die Initiative vielfältig an der anschwellenden Friedensbewegung – zunächst mit dem Beitrag einer ökumenischen Experten­gruppe „Schritte zur Abrüstung“, einem Plädoyer für gradualistische kalkulierte Vorleistungen bei der Abrüstung, sodann in vielen Basisaktivitäten vor Ort,<sup>16</sup> aber auch durch Vorfinanzierung der lila Tücher zum Ev. Kirchentag 1983 in Hannover und die Beteiligung an der dortigen Demonstration, an der großen Oktoberdemonstration 1981 in Bonn, an der Demonstration zum Katholikentag 1982 in Düsseldorf sowie durch Unterstützung des Koordinationsausschusses der Friedensbewegung über die Initiative Kirche von unten.

In ihren weiteren Veröffentlichungen plädierte die ÖIEW in diesen Jahren für konsequente Arbeitszeitverkürzung, Arbeitsplatzteilung und solidarische Überwindungswege von Arbeitslosigkeit, für kostensparendes und kommunikatives Bauen und Wohnen, für die Anerkennung einer „multikulturellen Gesellschaft in der BRD, für mehr Phantasie, Kreativität und konsumkritisches Verhalten im familiären Alltag, für ein Umdenken in der Ent-

wicklungspolitik („Entwicklung muß bei uns beginnen“), für den Vorrang der Ökologie vor der Ökonomie („Ökologie ist Langzeitökonomie“).<sup>17</sup>

1984 begann eine verstärkte Suche nach den spirituellen Quellen des Engagements: eine Tagung über „Spiritualität weltweiter Verantwortung“<sup>18</sup> setzte Akzente.

„Es geht bei dem neuen Lebensstil nicht zunächst darum, sich eine Reihe bestimmter Verhaltensweisen im Umgang mit Energie, mit Dingen, mit Privilegien oder mit Macht zuzulegen, sondern darum, das radikal Neue einer christlichen Existenz als „enteigneter“, d.h. als sozial aufgeschlossener, verfügbarer, dienstbereiter zu erkennen und sich in allen Lebensäußerungen konsequent daran auszurichten.“

„Hinweise auf solches zeichenhafte Leben machen deutlich, daß es bei Spiritualität in weltweiter Verantwortung nicht um die spirituelle Vorbereitung für politische Aktionen noch um eine geistliche Verklärung des Politischen geht, sondern vielmehr darum, die Ganzheit des Lebens in der Kraft des Geistes wiederzugewinnen im Vertrauen auf die Wirklichkeit des Handelns Gottes in der Welt.“

Die Beziehungen zu den Kirchen waren in diesen Jahren auf Bundesebene rar und weitgehend auf die Kirchentage beschränkt. Vor Ort gab es insbesondere in Pfarreien, wo Pfarrer Unterzeichner waren, durchaus enge Verbindungen zwischen Initiative und Gemeinde.

Die Bedeutung der Initiative für einzelne ergab sich aus Besuchen und Umfragen wie folgt: für Einzelunterzeichner war sie eine „moralische Rückenstütze“, eine „Stütze im gesellschaftlichen Anderssein“, gab sie „Anregungen über die eigene Lebensgemeinschaft hinaus“, diente sie dem Erfahrungsaustausch und vermittelte sie fachübergreifendes und politisches Wissen. Folgende Gruppen-„Typen“ hatten sich entwickelt: Studiengruppen; Zusammenschlüsse Gleichgesinnter über die Unterzeichnerliste; Selbstverständigungsgruppen (Gespräche ohne direkte Aktion); Gruppen mit Teilnehmern aus verschiedenen Bewegungen zwecks Erfahrungsaustausch; kirchliche Gruppen/Pfarrereigruppen; Kirchentagsgruppen; Aktionsgruppen mit Läden; eigene Vereine.

Die Außenwirkung der ÖIEW war neben den jährlich etwa 50.000 versandten Infos auch an Nachdrucken derselben abzusehen. Auch wurden immer mehr Impulse der Initiative in der Bildungsarbeit auf verschiedensten Ebenen (von Schule bis Hochschule, von Aktions- bis Studiengruppe, von Bundestagsausschuß bis Pfarrgemeinderat . . .) wirksam.

Einige Theologen<sup>19</sup> gingen explizit auf Anliegen und Ansatz der Initiative ein, um daran beispielhaft zu zeigen, wie durch selbstkritische Ansätze innerhalb eines verbürgerlichten Christentums neue Wege der Glaubwürdigkeit des Engagements für die Gerechtigkeit und die Schöpfung gefunden werden könnten.

### 3.5 „Schwerpunktthema“ 1984/85

Das Delegiertentreffen der ÖIEW entschied sich 1983 für das Schwerpunktthema „Die sozialen Folgen der Rüstung“ und beschloß, dafür eine zweite weitere Hauptamtliche einzustellen.

In diesen zwei Jahren wurde theoretisch an den Zusammenhängen zwischen Hochrüstung, sozialen und wirtschaftlichen Folgen und psychologischem Umfeld gearbeitet. Es wurden aber auch neue Wege kooperativer und phantasievoller Aktionen beschritten:

- die Kampagne gegen Rüstungsexporte wurde zusammen mit 11 anderen christlichen Initiativen gegründet und hat heute eine eigene Geschäftsstelle. Etwa 40 Kontaktadressen aus der ÖIEW und sicher das 10fache insgesamt wurden Ansprechpartner der Aktion vor Ort;

- die vom Christlichen Friedensdienst begründete und koordinierte Aktion zur Passionszeit „Hunger nach Frieden und Gerechtigkeit“ wurde intensiv unterstützt und verbreitet;

- Sommerfreizeiten, Friedenscamps und Fastenwochen kamen hinzu;

- fast 30 „einfache und offene Häuser“ als „Lern- und Begegnungswerkstätten“ entstanden und wurden in einem eigenen Prospekt in zwei Jahren über 10.000 mal nachgefragt.<sup>20</sup>

Die Gestaltungsbreite der Initiative wurde in diesen Jahren augenscheinlich ausgeweitet und auch ihr öffentliches Echo verstärkt, besonders durch mehrfach angeforderte Nachdrucke (u.a. Info 12 über Entwicklung durch das NRW-Kultusministerium).

### 3.6 Neue Orientierungen 1985/86

#### 3.6.1 Vielfalt der Basisinitiativen

In den letzten Jahren entwickelten die Regionalgruppen und Unterzeichner/innen der ÖIEW eine Vielzahl von Aktivitäten in den Bereichen der Entwicklungspolitik (mit vielfältigen Kontakten zu Dritte-Welt-Ländern, aber auch gesellschaftskritischen Akzenten hierzulande), des Umweltschutzes und der Schöpfungsverantwortung, der Friedensarbeit, des Menschenrechtsengagements und der Randgruppenarbeit (besonders auch zusammen mit Ausländern) sowie zu Lebensstil- und Konsumfragen.

1986 ist die Zahl der Kontaktpersonen auf über 100 angewachsen. Darunter sind etwa die Hälfte Vertreter von Regional- und Basisgruppen, die sich entweder als Gruppen der ÖIEW oder als ihr nahestehend verstehen. Mit fast 100 verwandten Initiativen wird ein regelmäßiger Rundbriefaustausch praktiziert. Seit 1985 gibt es des öfteren auch Anfragen von bestehenden Gruppen

und sogar Verbänden – wie der CAJ Berlin –, sich der Initiative anzuschließen. Mit Interesse und Dankbarkeit nahmen wir zur Kenntnis, daß die Selbstverpflichtungen verschiedentlich variiert und ausgeweitet wurden.

### *3.6.2 Neue Entscheidungen*

Angesichts der allmählich erdrückenden Fülle des Papiers kam das Koordinatorenteam überein, künftig neben dem Informations- den Aktionsschwerpunkt stärker zu fördern, z.B. durch Empfehlung von Lebensgemeinschaften, Förderung der Lern- und Begegnungswerkstätten, Ausweitung der Gruppenarbeit als Lernbasis, Verbesserung des didaktischen Einsatzes der Materialien, verstärkte Sammlung von Erfahrungsberichten als Anregung für andere, Beteiligung an gemeinsamen Großaktionen und Treffen mit anderen Initiativen, phantasievolle Aktionen (Protokoll, Bonn 13./14.1.84).

Im Mai 1984 bilanzierte der Koordinatorenkreis: „Im größeren Rahmen gesehen kann man sagen, daß sich die vier wichtigen sozialen Bewegungen unserer Zeit – die Friedens-, Ökologie-, Frauen- und 3. Welt-Bewegung – inzwischen ihrer gegenseitigen Verknüpfungen bewußt geworden sind.“ Die ÖIEW aber sollte diesen Verknüpfungsaspekt weitertreiben, Resignierten Mut machen, neue Kreise für ein Umdenken gewinnen und in den Kirchen wirken. (Protokoll Barlo, 4./5.5.1984)<sup>21</sup> Es wurde beschlossen, verwandte ökumenische Gruppen und Initiativen zu engerer Kooperation einzuladen – bis hin zu einer gemeinsamen Geschäftsstelle. Im Laufe von zwei Jahren ergaben die Kontakte zu über 20 Initiativen bei mehr als der Hälfte eine große Bereitschaft zu verbindlicherer Kooperation, z.B. bei Tagungen und Rundbriefbeiträgen, bei der Herausgabe eines gemeinsamen Ökumenischen Informationsdienstes<sup>22</sup> und bei der Gründung eines Bundes Ökumenischer Initiativen mit einer gemeinsamen Geschäftsstelle. Im Frühjahr 1986 beschlossen die Vollversammlungen und Verantwortlichen der Ökumenischen Initiative Eine Welt, des Laurentiuskonvents, des Plädoyers für eine ökumenische Zukunft, der Christlichen Aktion Mensch-Umwelt und der Ökumenischen Gesellschaft, ab Oktober 1986 auf dem Laurentiushof eine gemeinsame Geschäftsstelle mit mindestens vier Mitarbeitern einzurichten. Von diesem Zusammenschluß erwarten die Beteiligten eine Bündelung ihrer Kräfte und eine Stärkung der ökumenischen Basisbewegung(en) in der Bundesrepublik. Der Schwerpunkt der Arbeit wird die Beteiligung an der Vorbereitung der Weltversammlung des ÖRK für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung 1990 sein. Ein erster Schritt ist die Mitverantwortung und Mitarbeit an der 2. Siegener Ökumenischen Versammlung vom 21.-23.11.1986.

Der Ökumenische Infodienst wurde in kurzer Zeit zu einem anerkannten Organ des „konziliaren Prozesses“, der aufgrund des Aufrufs der ÖRK-Vollversammlung 1983 in Vancouver und seit dem Kirchentag 1985 in Düsseldorf endlich in Gang kam. Der Beitrag des Initiativbundes war und ist dabei, die „Problem- und Organisationsvernetzung“ seitens der unabhängigen Gruppen voranzutreiben und in den kirchenpolitischen Prozeß einzubringen. Die ÖIEW hat sich daran 1986 durch zwei Schriften beteiligt: „Die sozialen Folgen der Rüstung“ und „Mut zu kleinen Schritten“ (Neufassung).

Deutlich wurde in den letzten beiden Jahren eine verstärkte Dialogbereitschaft der Großkirchen mit der ökumenischen Basisbewegung. Offizielle Stellungnahmen riefen zum Dialog auf. Ulrich Duchrows Konzept der „vier Sozialgestalten von Kirche“ gewann an Bedeutung und Anerkennung: neben Ortsgemeinden, Regionalkirchen und Weltkirche werden „Nachfolgegruppen“ (wie Basisgemeinschaften und ökumenische Netze) als gleichrangiges Kirche-Sein gesehen.<sup>23</sup> Gemeinsame Tagungen zwischen Kirchenleitungen und Basisbewegungen auf evangelischer Seite<sup>24</sup> und gemeinsame Veranstaltungen zwischen Katholikentag und „Katholikentag von unten“ (in München 1984 und Aachen 1986) wären noch vor wenigen Jahren undenkbar gewesen. Bischof Kempfs einsame Würdigung der „neueren selbstverantwortlich engagierten christlichen Gruppen“ im Fastenhirtenbrief Limburg 1981 bekam endlich offizielle Gesellschaft.

Fast unmerklich und unverhofft sahen sich nun – vorerst auf Bundes-, aber zunehmend auch auf Orts- und Regionalebene – die ökumenischen Gruppen bestätigt. Diese Entwicklung ist der ÖRK-Vollversammlung von Vancouver und nicht zuletzt in deren Vorfeld der deutlichen internationalen Kritik an der Sprachlosigkeit zwischen Kirchen und Gruppen in der BRD zu verdanken.

#### *4. Zentrale Spannungen im Engagement als Chancen und Aufgaben*

Der Schweizer Sozialethiker Stückelberger betonte in seiner kritischen Beurteilung der ÖIEW: Mit diesem Ansatz „kann eine Initiative wie diese zu einem Ferment werden in einer Gesellschaft, in der diese Aspekte (sc. Aktion und Spiritualität, individuelle und strukturelle Veränderung, kleine Schritte und globale Umwälzung, ökologische und entwicklungspolitische Probleme) immer wieder gegeneinander ausgespielt werden. Umgekehrt bleibt sie damit in einer gewissen Allgemeinheit stecken, die zu einer faden Ausgewogenheit werden kann. Dies ist bisher aber nicht der Fall.“<sup>25</sup>

Der Brückenbaueranspruch der Initiative hatte in den vergangenen zehn Jahren verschiedene – mehr oder minder austarierte – Spannungen zur Folge, die als bleibende Aufgaben und Chancen ihres Engagements gelten können. Sie sollen nun noch einmal kurz systematisch zusammengefaßt werden.

#### 4.1 Zwischen Ost-West- und Nord-Süd-Konflikt: Engagement für die „Eine Welt“

„Die meisten Bürger der Bundesrepublik sehen ihre Sicherheit immer noch fast ausschließlich aus dem Osten bedroht. (. . .) Diese Fixierung auf *eine* Gefahr macht uns blind für andere, von denen unsere Sicherheit ebenso oder mehr bedroht ist. Zu diesen *unerkannten Bedrohungen* unserer Sicherheit gehören: die Kluft zwischen reichen und armen Nationen (. . .), die Vergeudung der Ressourcen dieser Erde und die Zerstörung unserer Umwelt (. . . sowie) die Verelendung eines großen Teils der Weltbevölkerung.“<sup>26</sup>

Sich unter den herrschenden Bedingungen kritisch und selbstkritisch für die „eine Welt“ einsetzen heißt, alternative „sanfte“ Wege fördern und mit entsprechenden Ansätzen in anderen Ländern verknüpfen. So bestehen neben den erwähnten europäischen Lebensstilbewegungen auch Kontakte der ÖIEW (auf Bundesebene) nach Argentinien (Ökumenische Volksaktion), Südafrika (Kirchenrat), den Philippinen („rural missionaries“) und nach Indien (Soziale Aktionsgruppen). Wann immer ein „Dritte-Welt-Laden“ sich in „Eine-Welt-Laden“ umbenennt, sehen wir darin die Einsicht wachsen, daß diejenigen, die wie wir in einem der Zentren des internationalen ökonomischen Systems leben, aus Weltverantwortung neue Wege gehen müssen und die Befreiung und eigenständige Entwicklung der anderen nicht länger verhindern dürfen.

#### 4.2 Zwischen freiwilliger Selbstbeschränkung und unfreiwilliger Armut: Solidaritätsarbeit als Schuldbegleichung und Befreiung

Die Lebensstilbewegung stellt erworbene oder erwerbbar Privilegien selbstkritisch zur Disposition und geht letztlich auf dem Weg freiwilliger Selbstbescheidung erste Schritte in eine Richtung, in der schon die Orden in ihren jeweiligen Frühphasen Befreiung von Privilegzwängen und Solidarität mit den unfreiwilligen Armen suchten und fanden. Deshalb birgt auch heute eine Annäherung zwischen Orden und Initiativen viele Chancen für das zukünftige Engagement.<sup>27</sup>

Die Funktion neuer solidarischer Verhaltens-, Lebens- und Wirtschaftsweisen ist wohl am besten mit ihrem Charakter als „Zwischkultur“ umschrieben. Dies hält die gesellschaftliche Entwicklung offen für solidarische Lernprozesse, die sich immer mehr an den Benachteiligten und den Opfern einer verschwenderischen und privilegienfördernden „Wachstums“-Gesellschaft orientieren und so letztlich die Vision der Befreiung aller vor Augen haben.

### *4.3 Zwischen Kirchenferne und Kirchnähe: ökumenische Lernbewegung*

„Ökumenisches Lernen“ bedeutet den „Auszug aus der heimatlichen Provinz“ (Werner Simpfendörfer), also nicht den missionarischen Aufbruch zur Bekehrung anderer, sondern die endgültige Überwindung provinziellen Denkens und Handelns aus der Mitverantwortung für die ökologischen und sozialen Folgen unseres Entwicklungsweges hier und weltweit. Wenn die Kirchen hierzulande sich staatlichen Institutionen, Ideologien und Praktiken zu sehr anpassen, muß dies zum Konflikt mit einer so orientierten ökumenischen Basisbewegung führen. Da aber die „vorrangige Option für die Armen“ immer mehr als Zeichen der Zeit erkannt wird, ist auch die Annäherung beider eine selbstverständliche Folge. Die Basisbewegung wird jedoch achtgeben müssen, nicht vorschnell vereinnahmt zu werden. Dazu ist es unbedingt wichtig, daß sie sich weder institutionell noch finanziell abhängig macht, sondern im Vertrauen auf die Kraft eigener Ideen und Solidarität arbeitet. Dieser Weg war bisher ermutigend und stärkend.

### *4.4 Zwischen politischem Engagement und spiritueller Vertiefung: Politik aus der Stille und Ganzheitlichkeit*

Weder „spirituelle Vorbereitung für politische Aktionen“ noch „geistliche Verklärung des Politischen“ (Raiser), sondern in Gebet, Gespräch, Analyse und Aktion vertiefte Einsicht in unseren Auftrag als Christen in einer zunehmend gewalttätiger und ungerechter werdenden Welt zu gewinnen, ist die Perspektive einer „Politik aus der Stille“ (Loccum 1986). Auch das Konzept der Bibel-Basis-Arbeit dient diesem Ansatz.<sup>28</sup> Es gilt, die eigentlichen Schismen der Kirche aufzuspüren, nämlich die zwischen einer Kirche der Reichen und einer Kirche der Armen, ein Skandal für die eucharistische Tischgemeinschaft! Es gilt, weltumfassende Solidarität zu üben, und es gilt, eine ganzheitliche Sicht wiederzuerlangen.<sup>29</sup> Dabei können wir von den Kirchen in der „Dritten Welt“ lernen. Ganzheitlichkeit wird in Peru definiert als:

„1. Ganzheitlich im Sinne der Fülle von Anstößen aus der Bibel, die sich in neuer Lebensweise und neuen Gemeinschaftswerken und Organisationen niederschlagen;

2. Ganzheitlich im Sinne von Vernetzung von immer mehr Lebenskräften und Lebenszellen;

3. Ganzheitlich im Sinne einer gespürten und gelebten Ganzheit; dies fordert, daß Arbeit und Freizeit, Privat- und Gemeindeleben, Religion und Alltag, Kult und Politik nicht mehr getrennt werden;

4. Ganzheitlichkeit, die sich widerspiegelt in der Struktur der Gemeinde und in den Alltagssituationen, wo maßgenommen wird am Wort Christi.

5. Ganzheitlich im Sinne der sich erneuernden religiösen Tiefe . . .“<sup>30</sup>

#### 4.5 Zwischen politischem Anspruch und Alltagshandeln: Strategie der kleinen Schritte

„Oft hören wir Kritik, daß wir zu wenig von den Ursachen sprechen, von den wirtschaftlichen Strukturen, die lähmend wirken (. . .) Da meinen wir, es sei besser, daß die Leute die gesellschaftlichen Hindernisse selbst entdecken, indem sie versuchen, aus eigenem Wunsch ihren eigenen Lebensstil zu verändern“ (Kristi Ringard).

„Viele Menschen haben sich (im letzten Jahrzehnt) auf den Weg gemacht, um sich in zunächst kleinen Schritten den größeren Zielen anzunähern. Manche haben resigniert, andere aber sind Schritt für Schritt weitergegangen, arbeiten heute in politischen Bewegungen und engagieren sich in gewaltfreien Aktionen, Protesten, Demonstrationen, Schweigekreisen, Initiativen und Mahnwachen. Sie nehmen persönliche Nachteile um ihrer Überzeugung willen in Kauf. Sie stehen oft in direktem Kontakt zu Basisbewegungen in der Zweidrittelwelt.“<sup>31</sup>

Die Strategie der kleinen Schritte wird mittlerweile deutlicher im Zusammenhang eines dreifachen Aufbruches gesehen: zu einem neuen Bewußtsein, zu neuem Lebensstil und zu neuen Lebensformen. Die gewaltige Aufgabe einer Neuorientierung der Industriegesellschaften – soll sie nicht dirigistisch oder gewaltsam passieren – erfordert weiterhin eine beharrliche „Bewußtseinsarbeit“, die am besten durch das gelebte Beispiel konkreter Utopien gefördert wird. Zehn Jahren Aufklärung und „kleinen Schritten“ müssen zehn Jahre Umsetzung und Aufbau konkreter Alternativen folgen. Die Kraft dazu können und werden wir im Evangelium und in den Weltreligionen finden. Sie muß die Kraft der Analyse ergänzen und fortführen, damit weder Resignation noch Untergangsprophetie siegen.<sup>32</sup>

#### 4.6 Zwischen theoretischer Analyse und persönlicher Veränderung: Neue Lern-, Arbeits- und Begegnungsformen

Die Unfruchtbarkeit vieler Veränderungsversuche der letzten Jahrzehnte ist wohl nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß den richtigen Analysen nicht die persönlichen Konsequenzen folgten, sondern diese zuerst von anderen oder vom Staat erwartet wurden. Zudem macht man die Erfahrung, daß sich Analyse und Sicht der Gesellschaft in der Weise ändern und beeinflussen lassen, wie man sich den konkreten Konflikten und sozialen Brennpunkten stellt. Die Theologie der Befreiung ist nicht anders entstanden, und auch die meisten Unterzeichner der ÖIEW haben wohl in ihrer Biographie solche Schlüsselerlebnisse gehabt. Die massenhafte Betroffenheit über Ungerechtigkeit, Umweltzerstörung und Kriegsgefährdung gewinnt politische Qualität, muß aber immer wieder nüchtern (strategisch und analytisch) rückgekoppelt werden, um sich nicht zu verrennen. Dazu kann eine solch vielfältig zusammengesetzte Initiative wie die ÖIEW einen guten Beitrag leisten.

#### 4.7 Zwischen Initiative und Institution: gesellschafts- und kirchenpolitische „Katalysator“-Funktion

Die von der Initiative und den neuen sozialen Bewegungen insgesamt angestrebten Bewußtseins- und Strukturveränderungen brauchen einen langen Atem und auch gewisse institutionelle Garantien der Kontinuität.<sup>33</sup>

Politologisch und soziologisch gesehen haben die Gruppen und Initiativen, die die „Offenheit für Lernprozesse“ betonten, eine „Zwischenkultur“, ein „Zwischenfeld“, eine „intermediäre politische Kultur“ geschaffen und damit der Gefahr des Auseinanderdriftens zweier Kulturen entgegengewirkt.<sup>34</sup> Sie haben geholfen, vorschnelle gegenseitige Ausgrenzungen zu verhindern. Sie haben auch z.B. beim Aufbau von Arbeitsloseninitiativen, Bioläden oder Alternativwerkstätten einen „Sympathisantenmarkt“ geschaffen, „der Solidaritätszuschläge verkrachtet“. Diese Initiativen haben „Elemente einer moralischen Ökonomie“ eingebracht. Sie haben sicherlich auch durch die „Stabilisierung einer oppositionellen Identität“ zur Entstehung der Grünen Partei beigetragen – wie auch zur Veränderung der übrigen Parteien. Es bleibt aber gerade für die Ökumenische Initiative Eine Welt festzuhalten, daß sie parteipolitisch insofern neutral ist, als ihr Mitglieder aller fünf im Bundestag vertretenen Parteien angehören, die alle auf ihre Weise versuchen, Elemente und Einsichten der Lernbewegung in „ihren“ Parteien einzubringen. Sie wird auch weiterhin beteiligt sein am Auf- und Ausbau einer „auf Selbsttätigkeit und Selbstverantwortung aufgebaute(n) demokratische(n), politische(n) Gegenkultur . . . , die die weitere gesellschaftliche Veränderung nicht zu einem leicht deduzierbaren Herrschaftsprojekt verkommen läßt.“<sup>35</sup>

Theologisch-kirchenpolitisch gesehen, haben die ökumenischen Basisinitiativen zu größerer Offenheit der traditionellen Strukturen und Institutionen beigetragen. Die traditionellen kirchlichen Gruppen, Verbände und Gemeinden könnten aus den Erfahrungen der ÖIEW und anderer ökumenischer Initiativen manches aufnehmen. Erfahrungen im solidarischen Umgang mit Besitz, Arbeit, Zeit, Lebensformen und öffentlicher Verantwortung können und werden die Praxis von Gebet, Gottesdienst, Abendmahl, Fasten- und Adventszeit, ja das Missionsverständnis im Sinne größerer Glaubentiefe, solidarischer Bundesschlüsse und alltäglicher Glaubwürdigkeit verändern. Die ÖIEW bleibt Teil und Katalysator dieses Veränderungs- und Umkehrprozesses in Kirche und Gesellschaft. Dabei wird der Akzent im nächsten halben Jahrzehnt wohl auf der kirchenpolitisch-spirituellen Ebene liegen und die Initiative ihr offenes und politisches Ökumeneverständnis einzubringen haben.

## ANMERKUNGEN

- <sup>1</sup> Karl Ernst Wenke/Horst Zilleßen (Hg.), Neuer Lebensstil. Verzichten oder Verändern?, Opladen 1978 (mit einer ausf. Literaturübersicht über die Anfänge der Lebensstilbewegung), zit.: Wenke/Zilleßen; Wissenschaft und Praxis in Kirche und Gesellschaft (sonst Pastoraltheologie), Heft 4/April 1980: Die Lebensstilbewegung, eine Zwischenbilanz, hg. von Richard Boeckler/Karl Ernst Wenke, Göttingen 1980, zit.: WPKG; Barbara u. Ulrich Weidner, Alternativer Lebensstil. Christsein mit politischem Horizont, Wuppertal 1979, zit.: Weidner; Ulrich Duchrow, Weltwirtschaft heute. Ein Feld für Bekennende Kirche?, München 1986, zit.: Duchrow
- <sup>2</sup> Für Holland: Wenke/Zilleßen, 324ff, und M. Linzin: Ev. Komm. 1975, 744f; für Norwegen: Ringard in: WPKG, 180 ff.; für UNCTAD: Weidner, 52 ff, Wenke/Zilleßen, 9; für Nairobi: Wenke/Zilleßen, 326 ff.
- <sup>3</sup> ÖIEW Info 1.
- <sup>4</sup> Dazu K.E. Wenke in: WPKG 150; ferner K.W. Brand/D. Büsser/D. Rucht, Aufbruch in eine andere Gesellschaft. Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik, Frankfurt/New York 1984; Roland Roth, Neue soziale Bewegungen in der politischen Kultur der Bundesrepublik, in: Neue soziale Bewegungen in Westeuropa und USA, hg. von K.W. Brand, Darmstadt 1985, 20-82, hier 44 ff.
- <sup>5</sup> Theodor Ebert, Hauswirtschaft in der Zwischenkultur, in: Anders arbeiten - anders wirtschaften. Dualwirtschaft, hg. von J. Huber, Frankfurt 1978, 131-149, spricht von einer „intermediären Kultur“.
- <sup>6</sup> M. Linz, zit. bei Weidner, 132, und Ernst Lange, Sprachschule für die Freiheit. Bildung als Problem und Funktion der Kirche, posthum hg. von Rüdiger Schloz, München 1980.
- <sup>7</sup> Eine bibliographische Liste hält die Geschäftsstelle der ÖIEW, Laurentiushof, 3549 Wethen bereit.
- <sup>8</sup> Info 1-5.
- <sup>9</sup> Christen für den Sozialismus, 1979; Hans-Magnus Enzensberger, Zur Kritik der politischen Ökologie, in: Kursbuch 33, 1-42; WPKG, 217 ff.
- <sup>10</sup> Jens Harms, Individuelle Verhaltensänderung und gesellschaftlicher Wandel, in: F. Dotter u.a. (Hg.), Christliche Markierungen, Wien 1978, 393-408.
- <sup>11</sup> so Info 1, S. 2.
- <sup>12</sup> Wenke/Zilleßen, 204, 154 f, 156; Info 7 (Arbeitslosigkeit ist kein Schicksal) und Arbeitshilfe 14 (Solidarische Überwindungsversuche von Arbeitslosigkeit).
- <sup>13</sup> Vgl. Anm. 1; die Zitate WPKG 154 f, 186-189.
- <sup>14</sup> Mit Hildegard Claus und Reinhard Voß, Ringstr. 52, 4290 Boholz-Barlo.
- <sup>15</sup> Alle Schriften der Initiative sind über die neue Geschäftsstelle Laurentiushof, 3549 Wethen zu bestellen oder in den Deutschen Bibliotheken Frankfurt/M. und Leipzig einzusehen.
- <sup>16</sup> Dazu die Arbeitshilfen 6 (Friedensgottesdienste), 7 (Friedensaktivitäten), 10 (Politische Puppenspiele) und die Infos 6 + 9.
- <sup>17</sup> Infos 7, 8, 10-12; AH 2 (Eine-Welt-Ausstellungen), 3 (Anders leben), 4 (Einfacher leben), 8 (Umweltspiele), 11 (Eine-Welt-Spiele).
- <sup>18</sup> Dokumentiert in AH 12; die Zitate A. Ahlbrecht S. 3 bzw. K. Raiser S. 7. Weitere Perspektiven einer christlichen Spiritualität der Weltverantwortung hatte eine Arbeitsgruppe im Dezember 1983 vorgelegt (Beil. zum Rundbrief 32).
- <sup>19</sup> So Schaumberger 1981, Liedke 1981, Ahlbrecht 1981, Paul 1981, Frey 1981, Zöller 1981, v. Blumröder 1986.
- <sup>20</sup> Rechenschaft davon geben Info 4 (Hochrüstung als Ausdruck kultureller Fehlentwicklung) und AH 16 (Die sozialen Folgen der Rüstung). Die Geschäftsstelle wird von Lis Heckel geführt: Sartoriusstr. 8, 8700 Würzburg.
- <sup>21</sup> Roth (Anm. 4) blendet in seiner Analyse der neuen sozialen Bewegungen die entwicklungspolitische und ökumenische Bewegung völlig aus.

- 22 Dieser wird von 9 Initiativen getragen. Abonnement über Pfarrer Schmitthenner, Vorbach-Zimmern 147, 6994 Niederstetten 3.
- 23 So in „Verantwortung wahrnehmen für die Schöpfung, hg. vom Kirchenamt der EKD/Sekretariat der Dt. Bischofskonferenz, Köln 1985, bes. 54 ff bzw. in: Ökumenisches Lernen - Grundlagen und Impulse, eine Arbeitshilfe der EKD-Kammer für Bildung und Erziehung, Gütersloh 1985, dort 46 f, 64 f, 101 ff; bei Duchrow 241.
- 24 Über die „Arnoldshainer Gespräche“ berichten die epd-Dokumentationen 24/85 (Initiativgruppen - ein Kapital der Kirche?) und 19/86 (Was heißt Gerechtigkeit?).
- 25 Stückelberger 1979, 101-105, 104.
- 26 Info 6 (Schritte zur Abrüstung), S. 6.
- 27 Dazu Anton Rotzetter, Orden und Initiativen zwischen Bekenntnis und Protest, in: ÖIEW-Rundbrief Nr. 40, Mai 1986, 7-10.
- 28 Vgl. das Begleitheft zur 2. Ökumenischen Versammlung Siegen 1986.
- 29 Christine Schaumberger, Radikal in kleinen Schritten? Die ÖIEW und ihr Versuch eines alternativen Lebens, in: Theol.-politische Protokolle, hg. Th. R. Peters, München/Mainz 1981, 71-93.
- 30 Nach einem Beitrag in: Wendekreis, hg. v.d. Missionsgesellschaft Bethlehem, Immensee, H. Nr. 6/1986: Kirche im Sur Andino (Peru).
- 31 Die Zitate in: WPKG, 185, bzw. Info 5, S. 1.
- 32 Rechenschaftsbericht R. Voß, ÖIEW-Rundbrief 37, 6.
- 33 Dazu Arbeitshilfe 16 (Öffentlichkeitsarbeit für die Eine Welt - zwischen Initiativen und Institutionen).
- 34 Dieter Rucht, Die Bürgerinitiativbewegung als Teil einer intermediären Kultur, in: Journal für Sozialforschung Nr. 4/1981, 389-406.
- 35 Die Zitate bei Roth, 61 f, und 77; vgl. auch Wenke/Zilleßen, 167-219.